

1 • **Vorbemerkungen**

2 Seit der Landtagswahl 2013 ist die SPD in Niedersachsen die dominierende Kraft. Wir gestalten
3 Niedersachsen und wir prägen das Land. Das gilt nicht nur in der Landespolitik. Auch in den
4 niedersächsischen Landkreisen und Kommunen sind wir die gestaltende Kraft.

5 Arbeit – Bildung – Niedersachsen – das ist unser Anspruch für die Gestaltung unseres Landes. Wir
6 wollen Chancen bieten und Perspektiven eröffnen. Wir wollen Niedersachsen besser machen. Die
7 Prioritäten der niedersächsischen SPD und der SPD-geführten Landesregierung für die Gestaltung der
8 Zukunft unseres Landes haben sich daran in den zurückliegenden zweieinhalb Jahre orientiert: Gute
9 Bildung, innovative Wirtschaft und die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sind die
10 Schwerpunkte der SPD in Niedersachsen.

11 Gleichzeitig geht es darum, dieses Profil programmatisch zu schärfen und weiter zu entwickeln. Aus
12 diesem Grund haben wir das „Programmjahr 2015“ unter dem Titel „Arbeit. Bildung. Niedersachsen.“
13 durchgeführt und darüber den Dialog mit Interessierten innerhalb und außerhalb der Partei gesucht.

14 Wir verbinden damit das Ziel, deutlich zu machen, dass die SPD neben der unbestrittenen sozialen
15 Kompetenz als soziale Kraft auch schlüssige Konzepte in den Feldern vorweisen muss und kann, die in
16 den Augen der Wählerinnen und Wähler entscheidend für die Gestaltung der Zukunft sind. Hier
17 stehen neben Bildung vor allem Arbeit und Wirtschaft im Fokus. Ohne ein starkes Profil in diesen
18 Bereichen lassen sich keine Wahlen gewinnen.

19 **„The times they are a-changing“**

20 Im Laufe des Jahres 2015 haben sich die Rahmenbedingungen massiv geändert. Die Not der
21 Flüchtlinge verändert die politische Tagesordnung. Schätzungen gehen von einer Millionen
22 Flüchtlingen aus, die dieses Jahr in die Bundesrepublik kommen werden. Viele von ihnen werden bei
23 uns bleiben und nicht in ihre Heimatländer zurückkehren. Ihre Integration stellt die Gesellschaft vor
24 große Herausforderungen. Es gilt, die Sorgen und Befürchtungen der Bürgerinnen und Bürger ernst
25 zu nehmen und solide und zukunftsfähige Antworten zu geben.

26 Bildung und Arbeit sind dabei die Grundlagen für eine erfolgreiche Integration. Und sie sind die
27 Grundlage für sozialen Aufstieg und Teilhabe derjenigen, die bislang eher am Rand unserer
28 Gesellschaft stehen.

29 „Arbeit. Bildung. Niedersachsen.“ – Dieser Dreiklang bleibt auch zukünftig unser Anspruch an die
30 Gestaltung Niedersachsens.

Beschluss des Landesparteirates vom 28.11.2015

1 Das hier vorliegende Papier zieht in seinem ersten Teil die Bilanz dessen, was wir erreicht haben. Es
2 ist eine Situationsbeschreibung.

3 Im zweiten Teil eröffnet es einen Blick auf die Herausforderungen und unsere Ziele bis zum Jahr
4 2025.

5 Das Papier ist damit ein Handlungsauftrag, den wir in die Politik unserer Partei, unserer
6 Landtagsfraktion und der Landesregierung einfließen lassen werden. Es wird eine wichtige Grundlage
7 zur Erarbeitung unseres Regierungsprogramms für die Jahre 2018 bis 2023 sein.

8 • **Programmatische Leitplanken**

9 Wir sind davon überzeugt, dass die Zukunft Niedersachsens und ganz Deutschlands nur durch den
10 Dreiklang von sozialer Gerechtigkeit, Bildung und Innovation, Arbeit und Wirtschaft gestaltet werden
11 kann.

12 • **Soziale Gerechtigkeit**

13 Soziale Gerechtigkeit ist die Kernkompetenz der SPD. Sie ist der Anspruch unserer Partei seit ihrer
14 Gründung von 152 Jahren. Aber soziale Gerechtigkeit war von Anfang an weitergefasst, sie war und
15 ist für unsere Partei Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe und Mitbestimmung.

16 Soziale Gerechtigkeit muss auch zukünftig das Leitprinzip für unsere Gesellschaft sein und bleiben.
17 Das ist der Anspruch, den unsere Verfassung formuliert. Und das ist unser Anspruch als
18 Sozialdemokratische Partei.

19 Wir wissen auch heute – in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts - um den Zusammenhang von
20 sozialer Gerechtigkeit, politischen Mitwirkungsmöglichkeiten und das Interesse sich politisch zu
21 engagieren. Studien zeigen verstärkt: Arme Menschen gehen kaum noch zu Wahl. Das Zurückdrehen
22 auch dieser Entwicklung muss eine Antriebsfeder für unser Streben nach sozialer Gerechtigkeit sein.

23 Wir wissen um die Veränderungen in der Gesellschaft und in der Erwerbsarbeit. Vor dem
24 Hintergrund dieser Entwicklungen und unserem Verständnis von sozialer Gerechtigkeit haben wir als
25 Sozialdemokratische Partei in den zurückliegenden zehn Jahren das Konzept des Vorsorgenden
26 Sozialstaats aufgegriffen. „Wo die Erwerbsformen flexibler und häufig auch prekärer werden, wird
27 die zentrale Funktion des Sozialstaates noch wichtiger: Sicherheit im Wandel zu gewährleisten. Angst
28 vor dem Absturz lähmt. Nur wer sich abgesichert weiß, wird Risiken eingehen. Nur wer Chancen hat,
29 wird sich anstrengen. Um dieses Versprechen von Sicherheit und Aufstieg in unserer Zeit zu
30 erneuern, entwickeln wir den Sozialstaat weiter zum vorsorgenden Sozialstaat“, so das Hamburger
31 Grundsatzprogramm.

Beschluss des Landesparteirates vom 28.11.2015

1 Der Anspruch an den „Vorsorgenden Sozialstaat“ ist so weit gefasst. Bildung ist dabei ein zentrales
2 Element. Sie schafft die Grundlage für die individuelle Entfaltung und die Gestaltung der zukünftigen
3 Lebensbiographie. Gleichzeitig wird damit aber auch durch ein höheres Qualifikationsniveau die
4 Grundlage für eine prosperierende Wirtschaft – und damit für eine gesicherte Lebensperspektive für
5 die Menschen – gelegt.

6 • **Die Bedeutung von Bildung**

7 Die SPD war und ist die Bildungspartei in Deutschland.

8 Bildung ist die Grundlage für die freie Entwicklung der Persönlichkeit und eines selbstbestimmten
9 Lebens. Bildungspolitik ist aber auch Gesellschaftspolitik. „Bildung entscheidet unsere Zukunft, sie ist
10 die große soziale Frage unserer Zeit. Sie erst ermöglicht dem Menschen, sich selbstbestimmt Ziele zu
11 setzen und Träume zu verwirklichen. Sie erschließt ihm den Zugang zu einer Welt im Wandel. Sie
12 befähigt ihn zu Demokratie und sozialer Verantwortung. Sie eröffnet ihm die Chance auf Arbeit, sorgt
13 immer neu für Teilhabe und soziale Aufstiegsperspektiven.“ (Hamburger Grundsatzprogramm)

14 Bildung war immer wichtiger Bestandteil des sozialdemokratischen Aufstiegsversprechens. Erst gute
15 Bildung ermöglichte gesellschaftlichen Aufstieg.

16 Bildung ist zentrales Element des Vorsorgenden Sozialstaates. Hier wird die Qualifikationsniveau der
17 Einzelnen und der Gesellschaft gestaltet, hier lernen und entwickeln sich die Fachkräfte der Zukunft
18 (auch im Hinblick auf Erwachsenenbildung der Gegenwart), die wir dringend in unserem Land
19 brauchen. Bildungspolitik ist deshalb auch ein wichtiges Element für eine erfolgreiche wirtschaftliche
20 Entwicklung. Gute Bildungspolitik ist deshalb auch ein zentraler Beitrag, um eine die notwendigen
21 Ausgaben für die nachsorgende Sozialpolitik zu senken.

22 Aber auch die Entwicklung unserer Bevölkerung unterstreicht die Aktualität dieses Politikansatzes:

23 Nach den Prognosen des Landesamtes für Statistik sinkt in Niedersachsen die Zahl der potenziellen
24 Erwerbspersonen im Alter von 20 bis 64 Jahren bis 2031 landesweit um 14 Prozent. Betroffen sind
25 vor allem die mittelständische Wirtschaft und das Handwerk. Für immer mehr Unternehmen ist der
26 Nachwuchsmangel ein Zukunftsrisiko.

27 Die Versorgung der niedersächsischen Unternehmen mit gut qualifizierten Fachkräften ist in einer
28 immer mehr auf Wissen und seiner Anwendung basierenden Ökonomie und angesichts des
29 demografischen Wandels eine der zentralen landespolitischen Herausforderungen.

Beschluss des Landesparteirates vom 28.11.2015

1 • **Arbeit und Wirtschaft**

2 • **Arbeit**

3 Alle Prophezeiungen früherer Jahre über das „Ende der Arbeit“ haben sich bislang als falsch
4 erwiesen. Die Erwerbsarbeit spielt in unserer Gesellschaft eine zentrale Rolle. Erwerbsarbeit schafft
5 die finanzielle Grundlage für die Existenzsicherung.

6 Sie ist aber noch viel mehr. Arbeit schafft gesellschaftliche Anerkennung und – in mehrfacher
7 Hinsicht - gesellschaftliche Integration.

8 Zum Kern sozialdemokratischer Politik gehört, die Bedürfnisse und Interessen der
9 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Sicherung und Schaffung von guten Arbeitsplätzen und
10 Arbeitsbedingungen genauso ernst zu nehmen wie die Erwartung eines sozialen Aufstiegs und einer
11 besseren Zukunft.

12 Gute Arbeit ist auch die Grundlage einer international konkurrenzfähigen und innovativen
13 Wirtschaft. Gute Arbeit umfasst dabei sowohl die Qualität der Arbeit, die Qualität der
14 Arbeitsbedingungen, als auch gute Löhne und Gehälter.

15 Gute Löhne wiederum ermöglichen die Nachfrage, die volkswirtschaftlich für eine erfolgreiche
16 Wirtschaft erforderlich ist.

17 Dabei wissen wir um die wichtige Rolle und Bedeutung der Tarifpartner bei der Ausgestaltung der
18 Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen. Tarifautonomie und die Anwendung der Flächentarifverträge
19 sind die Basis für die Regelung der Arbeitsbeziehungen. Starke Gewerkschaften und starke
20 Arbeitgeberverbände garantieren eine ausgewogene Vereinbarung von Entgelt, Arbeitszeit und
21 sonstigen Arbeitsbedingungen im Rahmen von Flächentarifverträgen. Starke Tarifpartner sind
22 Voraussetzung um prekäre Beschäftigung zu bekämpfen, ein Auseinanderdriften von Löhnen und
23 Gehältern zu vermeiden und gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu gewährleisten.

24 • **Wirtschaft**

25 Gleichzeitig ist eine international konkurrenzfähige und innovative Wirtschaft wichtige
26 Voraussetzung und Grundlage für die Ausgestaltung unserer Gesellschaft und die Schaffung eines
27 sozialpolitischen Gesamtkonzeptes:

- 28 - Eine international konkurrenzfähige und innovative Wirtschaft ist Grundlage für sichere und
29 gute Arbeit.
30 - Sie erwirtschaftet die finanzielle Grundlage des Sozialstaates.

Beschluss des Landesparteirates vom 28.11.2015

- 1 - Eine erfolgreiche Wirtschaft ist unverzichtbar, da sie über sichere und gute Arbeitsplätze dazu
2 beiträgt, langfristig die Kosten der „nachsorgenden“ Sozialpolitik zu senken.

3
4 Die Ziele sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik sind deshalb reale Wertschöpfung, ökologische
5 Nachhaltigkeit, sozialer Ausgleich, gesellschaftliche Teilhabe für alle, mehr Lebensqualität und
6 Vollbeschäftigung. Diese Ziele muss die SPD offensiv vertreten und sich als Partei der Arbeit
7 definieren!

8 • **Niedersachsen auf gutem Weg**

9 Seit 2013 stellt die SPD in Niedersachsen die Landesregierung. Nach zweieinhalb Jahren können wir
10 bemerkenswerte Erfolge in der Arbeitsmarktpolitik, der Wirtschaftspolitik, der Bildungspolitik und
11 der nachhaltigen Gestaltung des Haushaltes.

12 • **Arbeitsmarkt**

13 Der Arbeitsmarkt in Niedersachsen weist eine sehr positive Entwicklung auf. In den ersten beiden
14 Jahren unserer Regierungszeit ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze um mehr
15 als 100.000 gestiegen. In unserem Bundesland haben 2,76 Millionen Menschen einen
16 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz – mehr als jemals zuvor.

17 Gleichzeitig sinkt die Arbeitslosenquote. Im Juni dieses Jahres betrug sie 5,9 Prozent und war damit
18 die niedrigste Arbeitslosenquote seit 1990.

19 Dabei sehen wir durchaus die noch bestehenden Probleme. Wir kennen das Ausmaß prekärer
20 Beschäftigungsverhältnisse. Wir setzen uns daher konsequent für Gute Arbeit ein. Mit der
21 Novellierung des Tariftreue- und Vergabegesetzes wurden Gute Arbeit, Tariftreue und Mindestlohn
22 in das Gesetz aufgenommen. Die öffentliche Hand geht beim Einsatz für faire Arbeitsbedingungen
23 voran. Die Bekämpfung des Missbrauches von Werkverträgen wurde angegangen: Eine
24 Bundesratsinitiative, die die gesetzlichen Änderungsbedarfe formuliert, wurde eingebracht,
25 dezentrale Beratungsstellen gegen den Missbrauch von Werkverträgen geschaffen. Niedersachsen
26 nimmt bundesweit bei der Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen eine Vorreiterrolle ein.
27 Gleichzeitig wissen wir, dass es bei der Gestaltung der Leiharbeit und der atypischen Beschäftigung in
28 Niedersachsen noch Handlungsbedarf gibt.

29 • **Wirtschaftliche Entwicklung**

30 Die niedersächsische Wirtschaft befindet sich auf Wachstumskurs. Nicht nur die Unternehmen
31 schauen positiv in die Zukunft. Auch die Zahlen belegen die positive Entwicklung: Der

Beschluss des Landesparteirates vom 28.11.2015

1 Konjunkturausblick der Nord/LB zeigt, dass dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von 1,6 Prozent
2 möglich ist.

3 Wirtschaftswachstum kommt aber nicht von selbst. Das größte Wachstumshemmnis ist der
4 Fachkräftemangel. Die Unternehmen in Niedersachsen brauchen kompetente, engagierte und
5 kreative Beschäftigte. Mit der Fachkräfteinitiative begegnen wir dieser Herausforderung. Das Bündnis
6 Duale Berufsausbildung, regionale Bündnisse für die Fachkräfteversorgung, öffentliche geförderte
7 Qualifizierungsmaßnahmen und die Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt sind hier wichtige
8 Bausteine.

9 • **Bildung für alle**

10 • **Viel erreicht seit 2013**

11 Die Bildungspolitik ist unbestritten der Schlüssel zur Lösung von Zukunftsfragen. Zentral sind dabei
12 die frühkindliche Bildung, der Ausbau der Ganztagschulen, die Aus- und Weiterbildung der
13 Lehrkräfte, die inklusive Schule, die berufliche Bildung, die Finanzierung überbetrieblicher
14 Bildungsstätten, die Streichung der Studiengebühren, der Innovationstransfer Hochschule/Wirtschaft
15 zusammen mit dem Fachhochschulentwicklungsprogramm und dem weiteren Ausbau der
16 Studienplätze auch an Universitäten. Wir setzen diese Priorität um und haben seit dem
17 Regierungswechsel viel erreicht.

18 • **Frühkindliche Förderung**

19 Der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz wird sichergestellt. Seit 2013 sind in Niedersachsen 6500
20 weitere Plätze in den Kinderbetreuungseinrichtungen geschaffen worden.

21 Die dritte Betreuungskraft in der Krippe wird zur Verbesserung der frühkindlichen Bildung seit
22 langem gefordert. Der Landesregierung hat diese Forderung umgesetzt. Schritt für Schritt wird nun
23 die dritte Fach- oder Betreuungskraft in Krippengruppen mit mehr als 11 Kindern eingeführt.

24 • **Schule**

25 Mit der „Zukunftsoffensive Bildung“, der Schaffung eines neuen, modernen Abiturs nach neun
26 Jahren, der Gleichberechtigung von Gesamtschulen und der Inklusion haben wir die Grundlagen für
27 zukunftsgerechte Schulen geschaffen:

Beschluss des Landesparteiirates vom 28.11.2015

1 *Ausbau Ganztagschulen*

2 Im Mittelpunkt der „Zukunftsoffensive Bildung“ steht der Ausbau der Ganztagschulen. Mittlerweile
3 haben mehr als 60 Prozent aller Schulen und damit rund 1700 Schulen Ganztagsbetrieb. Bis 2018
4 werden mehr als 400 Millionen Euro in den schulischen Ganztagsbetrieb investiert. Wir ermöglichen
5 offene, teilgebundene und gebundene Ganztagschulen. Wir werden in den nächsten Jahren einen
6 Ausbaustand von rund 75 Prozent der niedersächsischen Schulen erreichen. Die Zahlen der am
7 Ganztagsbetrieb teilnehmenden Kinder steigen kontinuierlich an.

8 *Abschaffung G8 – ein neues, modernes Abitur nach neun Jahren*

9 Zum Beginn des Schuljahres 2015/2016 haben wir das neue Abitur nach neun Jahren eingeführt. Wir
10 ziehen damit die Konsequenzen aus dem Scheitern des Abiturs nach acht Jahren. Den Schülerinnen
11 und Schülern geben wir so mehr Zeit für das Lernen und die individuelle Entwicklung und den
12 Lehrerinnen und Lehrern mehr Spielräume für guten Unterricht. Die zusätzliche Zeit zum Lernen und
13 Leben nutzen wir unter anderem für eine verbesserte Berufs- und Studienorientierung an den
14 Gymnasien und Gesamtschulen.

15 *Ausbau der Inklusion*

16 Die Emanzipation des Einzelnen und die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen waren stets Ziel
17 sozialdemokratischer Politik. Die Ratifizierung der Behindertenrechtskonvention (UN-Resolution
18 61/106) durch die Bundesrepublik Deutschland im Februar 2009 verleiht unserer Politik rechtlich
19 Nachdruck.

20 Mit der „Qualifizierungsoffensive Inklusion“ unterstützt die Landesregierung die Fortbildung der
21 Lehrkräfte und der Erzieherinnen und Erzieher in Schulen und Kindertagesstätten. Gleichzeitig haben
22 wir die Verankerung der Inklusion in der Lehrerbildung für alle Lehrämter auf den Weg gebracht.

23 Nicht zuletzt hat der Anspruch auf die freie Schulformwahl einen entscheidenden Beitrag für die
24 Inklusion geleistet. Erfolge sind sichtbar: Die Inklusionsquote liegt heute bei 52,5 Prozent, 2014 lag
25 sie bei 44,9 Prozent und im Schuljahr 2012/2013 betrug sie nur 14,7 Prozent.

26 *Gleichberechtigung der Gesamtschulen*

27 Wir haben als eine der ersten Maßnahmen die Diskriminierung von Gesamtschulen beendet und die
28 Gründung von kleineren Gesamtschulen erleichtert. Es war wichtiger Schritt, um im ländlichen Raum
29 – auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung – ein regional angepasstes Schulsystem
30 zu ermöglichen, das gleichzeitig qualitativen Ansprüchen genügen kann.

Beschluss des Landesparteirates vom 28.11.2015

1 • **Hochschulen**

2 *Abschaffung Studiengebühren*

3 In unserem Regierungsprogramm für die Landtagswahl 2013 haben wir versprochen, die
4 Studiengebühren abzuschaffen. Dieses Versprechen haben wir zum Wintersemester 2014/2015
5 eingehalten. Eine hohe soziale Hürde auf dem Weg zum Studium wurde abgeschafft, ein Stück mehr
6 an Bildungsgerechtigkeit hergestellt.

7 *Zunahme der Studierendenzahlen*

8 Die Zunahme der Studierendenzahlen belegt die Richtigkeit der Abschaffung der Studiengebühren.
9 Zum Wintersemester 2014/2015 stieg die Zahl der Studierenden im Vergleich zum Vorjahr um 8,5
10 Prozent. Niedersachsen wird für Studierende wieder attraktiver.

11 *Planungssicherheit durch Hochschulentwicklungsvertrag*

12 Mit dem Hochschulentwicklungsvertrag wurde den niedersächsischen Hochschulen finanzielle
13 Planungssicherheit bis 2018 gegeben. Im Gegenzug haben sich die Hochschulen u. A. zur stärkeren
14 sozialen Öffnung und mehr Geschlechtergerechtigkeit, der Verbesserung der Qualität des Studiums,
15 der Unterstützung ihrer Absolventen beim Übergang in den Beruf und zur Transparenz in der
16 Forschung verpflichtet.

17

Beschluss des Landesparteiirates vom 28.11.2015

1 • **Finanzen**

2 Auch in der Haushalts- und Finanzpolitik ist Niedersachsen auf einem guten Weg. Das strukturelle
3 Defizit des Landes hat sich seit dem Regierungswechsel 2013 deutlich verringert. Wir haben einen
4 realistischen Weg aufgezeigt, wie wir die ab 2020 im Grundgesetz vorgegebene Schuldenbremse
5 einhalten können. Die aktuellen Herausforderungen aufgrund der Flüchtlingsbewegung erschweren
6 diesen Weg zwar deutlich, das Ziel der Einhaltung der Schuldenbremse ab 2020 stellen wir aber nicht
7 in Frage.
8 Gleichzeitig haben wir gezielt in die Zukunft investiert. Solide Haushaltspolitik ist kein Widerspruch zu
9 politischer Gestaltung. Wir haben als Landesregierung zusammen mit den Regierungsfractionen klare
10 Prioritätensetzungen in den Haushalten vorgenommen: Investitionen in Bildung, Infrastruktur und
11 wirtschaftliche Innovation sind die Markenzeichen. Mit zwei Nachtragshaushalten 2015 und dem
12 Haushalt 2016 stemmen wir nun zusätzlich die finanziellen Herausforderungen aufgrund der
13 Flüchtlingsbewegung – ohne Einschnitte an anderer Stelle und ohne Erhöhung der
14 Nettokreditaufnahme.

15 • **Für die Zukunft arbeiten**

16 Wir können mit der gegenwärtigen Entwicklung zufrieden sein. Das ist aber kein Grund, uns
17 auszuruhen. Die Entwicklung ist für uns Motivation, uns weiter für die Zukunft zu engagieren und
18 Herausforderungen anzunehmen.

19 Die wichtigste Herausforderung ist dabei nach wie vor die Bevölkerungsentwicklung und die
20 Gestaltung des demografischen Wandels. Die Prognosen mögen variieren, im Ergebnis zeigen sie
21 weiterhin anhaltenden Handlungsbedarf auf. Ohne Zuwanderung droht in vielen Regionen ein
22 deutlicher Bevölkerungsrückgang. Regionen mit positiver wirtschaftlicher Entwicklung bleiben in der
23 Bevölkerungsentwicklung stabil, aber der ländliche Raum mit schwieriger wirtschaftlicher
24 Entwicklung hat bereits viele Einwohnerinnen und Einwohner verloren und wird diese weiter
25 verlieren.

26 Von Bedeutung ist dabei auch der Zusammenhang von Flucht, Asyl und Integration. Wir erleben seit
27 Wochen einen Zuzug von Flüchtlingen nach Deutschland. Die aktuellen Zahlen gehen von bis zu 1
28 Mio. Flüchtlingen aus, die dieses Jahr in die Bundesrepublik kommen werden. Viele von ihnen
29 werden bei uns bleiben und nie in ihre Heimatländer zurückkehren. Viele von ihnen sind qualifiziert,
30 verfügen über Erfahrungen und haben Aufstiegserwartungen.

31 Es ist eine große Herausforderung und Chance für die Kommunen, die Länder und den Bund, die die
32 nächsten Jahre auf der politischen Tagesordnung stehen wird. Und es ist eine Herausforderung und
33 Chance, die für ihren Erfolg mit einer großen Integrationsbereitschaft und Integrationsleistung auf
34 beiden Seiten verbunden sein muss

35 Bildung, Arbeit und Wirtschaft – das sind nicht nur die Prioritäten für Niedersachsen, es sind auch die
36 Erfolgsfaktoren für gesellschaftliche Integration.

1 • **Unsere Ziele für die Zukunft**

2 • **Ziele der Bildungspolitik bis 2025**

3 Politik muss über das aktuell notwendige Handeln und die Legislaturperioden hinausdenken. Das gilt
4 für alle Politikbereiche, aber erst recht für die Bildungspolitik: Hier geht es um die Kleinsten, um
5 unsere Kinder und Enkelkinder und deren Perspektiven für ein gutes Leben. Wir wollen, dass alle
6 jungen Menschen in Niedersachsen die für sie bestmögliche Bildung zur Entwicklung ihrer
7 Persönlichkeit erhalten. Und wir wollen damit zugleich alle Bildungspotentiale unseres Landes heben.
8 (...) Für viele Herausforderungen liegt in guter Bildung der Schlüssel für deren Lösung.

9 Für eine gute Bildung sind Verbesserungen in der Qualität der Bildung von entscheidender
10 Bedeutung. Das zentrale politische Ziel in der Bildungspolitik muss die Steigerung der Qualität in der
11 Bildung sein.

12 **Neugestaltung Bildungsfinanzierung**

13 Investitionen im Bildungssystem sind für die Gestaltung der Zukunft dringend notwendig. Gleichzeitig
14 sind diese sehr personal- und finanzaufwendig. Bildung wird von qualifizierten Menschen gemacht,
15 die ein Anrecht auf faire Arbeitsbedingungen haben. Gleichzeitig sind die Handlungsspielräume aber
16 durch die Schuldenbremse begrenzt.

17 Die niedersächsische SPD wird aber weiterhin für mehr finanzielle Mittel für die Steigerung der
18 Qualität im Bildungsbereich streiten.

19 Dabei werden wir alle Chancen nutzen. Deshalb haben wir durchgesetzt, dass die Mittel des
20 Betreuungsgeldes den Ländern überlassen werden. In Niedersachsen werden wir diese Mittel für
21 eine bessere frühkindliche Förderung nutzen.

22 Auch zusätzliche Mittel aus dem Bund-Länder-Finanzausgleich werden wir in einem angemessenen
23 Umfang für die Verbesserung der Qualität der Bildung einsetzen. Diese Mittel müssen jedoch erst
24 politisch erstritten werden. Dazu gehört auch die Aufhebung des Kooperationsverbotes des Bundes.
25 Schnelle weitere Verbesserungen im Bildungssektor hängen deshalb entscheidend von der
26 Finanzkraft des Landes ab.

27 **Frühkindliche Bildung**

28 Frühkindliche und vorschulische Bildung, Erziehung und Betreuung mit spielerischem und
29 entdeckendem Lernen sind zentrale Anliegen sozialdemokratischer Bildungspolitik. Der Ausbau der
30 Angebote in diesem Bereich ist notwendig, um die Potenziale eines Kindes zu entwickeln und damit

Beschluss des Landesparteiirates vom 28.11.2015

1 die Basis für Chancen- und Bildungsgerechtigkeit zu stärken, aber auch, um Betreuungsangebote für
2 berufstätige Eltern zu verbessern. Der quantitative und der qualitative Ausbau muss deshalb Hand
3 in Hand gehen.

4 Wenn wir dazu die finanziellen Spielräume haben, werden wir in den kommenden Jahren
5 schrittweise die dritte Fach- oder Betreuungskraft für die Betreuung der Drei- bis Sechsjährigen
6 einführen.

7 Wir werden in Zusammenarbeit mit den Kommunen die Organisationsform der Integrativen Horte
8 überall dort einführen, wo dies organisatorisch und finanziell möglich ist.

9 Wir setzen uns für das Ziel ein, die Beitragsfreiheit für die gesamte Zeit des Kindergartenbesuchs zu
10 ermöglichen. Voraussetzung dafür sind jedoch auch hier wieder die finanziellen Möglichkeiten des
11 Landeshaushaltes. Allerdings haben institutionelle Verbesserungen und Qualitätssteigerungen dabei
12 Vorrang.

13 Wir müssen eine gesellschaftliche Diskussion über das Berufsbild der Erzieherinnen und Erzieher
14 führen. Es muss dabei um die Aufwertung dieses Berufsbildes gehen. Im Kern geht es um die Frage,
15 was uns die ersten Jahre unserer Kinder wert sind.

16 Schule

17 Das Ende der Strukturdebatten

18 Mit dem neuen Schulgesetz ermöglichen wir den Schulträgern vor Ort, über eine Schulentwicklung zu
19 entscheiden, gestützt auf die Interessen und Wünsche der Eltern. Wir sehen, dass Initiativen zur
20 Gründung auch kleinerer Gesamtschulen sich positiv auf die schulische Qualität auswirken.

21

22 Für uns stehen die Inhalte und die Qualität unserer schulischen Bildung im Vordergrund. Deshalb gibt
23 es weder Grund noch Ansatz für neue Schulstrukturdebatten auf Landesebene.

24 Niedersachsen als Ganztagschulland

25 Wir werden Niedersachsen zum Ganztagschulland weiterentwickeln. Wir haben wichtige Schritte in
26 diese Richtung getan und Erfolge vorzuweisen. Diesen Weg setzen wir fort: Wir wollen, dass alle
27 Schulen Ganztagschulen auf gutem Niveau werden. Priorität haben hierbei die Grundschulen. Dabei
28 setzen wir weiterhin darauf, dass sich Ganztagschulen freiwillig entwickeln.

Beschluss des Landesparteiirates vom 28.11.2015

1 Ganztagschulen sind Lern- und Lebensräume, sie ermöglichen andere Formen des Unterrichtes, der
2 Unterrichtsgestaltung und der Förderung der Kinder. Außerdem ermöglichen sie eine bessere
3 Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

4 *Qualität der schulischen Bildung*

5 Wir wollen, dass zukünftig alle Schülerinnen und Schüler nach Beendigung der Schulzeit auch
6 tatsächlich die Fähigkeiten sicher beherrschen, die für das weitere Leben und die weitere berufliche
7 Qualifikation unentbehrlich sind.

8 Die Qualität der schulischen Bildung umfasst aber im digitalen Zeitalter auch die Fähigkeit,
9 Informationen zu filtern, kritisch zu bewerten und zu strukturieren. Neben dem Erwerb technischer
10 Kompetenzen, ist ein wichtiges Bildungsziel die deshalb Befähigung zum verantwortungsvollen,
11 selbstbestimmten, kreativen und kritischen Umgang mit digitalen Medien und Dienstleistungen.

12 *Perspektiven der Inklusion*

13 Inklusion wird oft schon gelebt, aber nicht als solche benannt. Inklusion umfasst alle Lebensbereiche:
14 Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft, ganz gleich welcher Weltanschauung, Herkunft oder
15 persönlichen Besonderheiten, wie zum Beispiel einer Behinderung. Die Bildungseinrichtungen leisten
16 hier schon immer einen großen Beitrag, der angesichts der aktuellen Situation zunehmend an
17 Bedeutung gewinnt.

18 Die gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderung ist unbestritten eine große
19 Herausforderung. Sie stellt ebenso eine Anforderung an die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte
20 dar, wie eine Neugestaltung der Curricula mit inklusiven Lernkonzepten. Dazu gehört auch eine
21 Qualitätsoffensive, die sich bildungspolitisch an dem Konzept der durchgängigen Sprachförderung
22 orientiert und somit auch Kinder und Jugendliche nichtdeutscher Herkunftssprache im Erwerb und in
23 der Erweiterung ihrer sprachlichen Handlungsfähigkeit stützt. Gleichzeitig gilt es, die
24 Schulräumlichkeiten barrierefrei für alle körperlichen Einschränkungen auszurichten und
25 bedarfsgerecht umzubauen. Für die Umsetzung der inklusiven Bildung für alle Schülerinnen und
26 Schüler muss sich die Förderung am individuellen Bedarf eines jeden Kindes ausrichten und mit
27 fachlicher Unterstützung qualitativ umgesetzt werden. Für die Schülerinnen und Schüler mit
28 Behinderung ist die erforderliche Assistenz sicherzustellen, die individuell oder in Gemeinschaft
29 erbracht werden kann. Unsere Idealvorstellung hierfür sind multi-professionelle Teams an Schulen,
30 für deren Umsetzung allerdings eine Vernetzung der unterschiedlichen (auch rechtlichen) Systeme
31 notwendig wird.

32 Wichtig ist für uns dabei: Die Eltern müssen auf den Weg in die Inklusion mitgenommen werden. Der
33 Zeitplan der Umsetzung der inklusiven Bildung muss auch deshalb mit der konzeptionellen
34 Entwicklung der Schulen im Einklang stehen. Die inklusive Schule eröffnet jedem Kind, jedem
35 Jugendlichen optimale Entwicklungsmöglichkeiten durch anschlussfähige Bildungsangebote. Die

Beschluss des Landesparteirates vom 28.11.2015

1 bereits getätigten Bemühungen der Landesregierung um Inklusion unterstützen die Anstrengungen
2 um die Integration der geflohenen Kinder in ihr neues Zuhause.

3 *Stärkung der Sprachförderung*

4 Sprache ist zentral für die Kommunikation und die gesellschaftliche Mitwirkung und Teilhabe. Auch
5 vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingszahlen und der notwendigen Integrationsleistung
6 unserer Gesellschaft ist die Sprachförderung ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Aktuell werden wir
7 zum Beispiel die Zahl der Sprachlernklassen nahezu verdoppeln und damit fast 9000 Schülerinnen
8 und Schülern die Chance eröffnen, schnell die deutsche Sprache zu lernen. Diese Art der
9 Sprachförderung ist nur ein Teil des Gesamtkonzeptes der durchgängigen Sprachbildung, von dem
10 neben den Kindern und Jugendlichen nichtdeutscher Herkunftssprache auch solche aus
11 bildungsbenachteiligten Familien profitieren werden, da Schule oft der einzige Ort ist, an dem sie die
12 für den Bildungserfolg ausschlaggebenden sogenannten bildungssprachlichen Kompetenzen
13 erwerben können.

14 *Ausbau der Schulsozialarbeit*

15 Kinder und Jugendliche sollen in ihrer sozialen, schulischen und beruflichen Entwicklung durch eine
16 effektive Schulsozialarbeit gefördert werden. Hierbei bedarf es zukünftig größerer Anstrengungen
17 von Land und Kommunen, damit Bildungsbenachteiligungen vermieden und Eltern und Lehrkräfte bei
18 der Erziehung und dem erzieherischen Kinder- und Jugendschutz unterstützt und beraten werden.

19 **Berufliche Bildung**

20 Unser Ziel ist, dass alle Jugendlichen eine klare und rasche Perspektive erhalten: entweder im
21 Bildungssystem oder in der Ausbildung. Es darf für Jugendliche keine Warteschleifen geben!

22 Die duale Berufsausbildung ist ein Kernstück deutschen und niedersächsischen Wirtschaftserfolges.
23 Gerade in Zeiten steigender allgemeinbildender schulischer Abschlüsse ist das duale System der
24 Berufsausbildung zu stärken und seine Funktionsfähigkeit sicherzustellen. Deshalb ist eine
25 gemeinsame Verantwortung von Land, Arbeitgeber und Sozialpartner gefordert, um Jugendlichen
26 Zukunftschancen zu geben und den Fachkräftemangel zu beheben.

Beschluss des Landesparteiirates vom 28.11.2015

1 Deshalb hat die Landesregierung als Teil der Fachkräfteinitiative das Bündnis Duale Berufsausbildung
2 ins Leben gerufen. Es leistet einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes
3 Niedersachsen und zur Sicherung der Fachkräftebedarfe. Ziel ist es, das schulische Einstiegssystem zu
4 fokussieren und die Attraktivität und die Funktionsfähigkeit des dualen Systems der Berufsausbildung
5 zu stärken. Erste Arbeitsergebnisse befinden sich bereits in der Umsetzung:

- 6 - Wenn trotz demografisch bedingter Rückläufigkeit der Ausbildungsnachfrage und einer relativen
7 Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt immer noch viele Jugendliche nach dem Schulabschluss
8 zunächst in einer der vielen Maßnahmen des Übergangssystems einmünden, besteht
9 Handlungsbedarf. Dazu gehört, das Übergangssystem, in dem Schülerinnen und Schüler in
10 Bildungsangeboten verbleiben, ohne einen beruflichen Abschluss zu erreichen, zu verbessern.
- 11 - Ein weiteres Ziel ist es, die Gleichwertigkeit und Attraktivität der dualen Berufsausbildung zu
12 anderen Ausbildungen herauszustellen und zu erhalten. Wichtige Beiträge sind hier z. B. mehr
13 Berufsorientierung an den allgemein bildenden Schulen oder die Einrichtung von
14 Jugendberufsagenturen, um Jugendlichen die Beratung aus einer Hand zu ermöglichen. In
15 weiteren Modellprojekten wollen wir mehr Integration von Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz
16 ermöglichen und die wohnortnahe Beschulung in der beruflichen Grundbildung sichern. Unser
17 Ziel ist dabei, in den kommenden zehn Jahren über Modellprojekte hinaus flächendeckende
18 Angebote zu machen.

19 • **Ziel: Gute Arbeit für morgen sichern**

20 **Herausforderungen für die Wirtschaft von morgen**

21 Die Daten zum Arbeitsmarkt und zum Wirtschaftswachstum belegen: Niedersachsen kann auf eine
22 erfolgreiche und wettbewerbsfähige Wirtschaft blicken.

23 Um im nationalen und internationalen Wettbewerb bestehen zu können, steht die niedersächsische
24 Wirtschaft zukünftig vor weiteren Herausforderungen:

- 25 - Die Sicherung des Fachkräftebedarfes steht dabei an vorderster Stelle. Ausreichend gut
26 qualifizierte Fachkräfte sind für die Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumsperspektiven der
27 Unternehmen von existenzieller Bedeutung.
- 28 - Wichtige Branchen der niedersächsischen Wirtschaft stehen in einem starken internationalen
29 Wettbewerb.
- 30 - Und schließlich stellt die Digitalisierung neue Anforderungen an Unternehmen: Innovationen,
31 Arbeitsprozess und Ausgestaltung der betrieblichen Arbeitsbedingungen, Fragen der Produktion
32 und der Logistik – all diese Punkte müssen neu bedacht werden.

Beschluss des Landesparteirates vom 28.11.2015

1 • **Gute Arbeit sichern**

2 Eine erfolgreiche Wirtschaft ist kein Selbstzweck. Gute Arbeit ist die Voraussetzung für eine
3 erfolgreiche Wirtschaft; zugleich ist eine erfolgreiche Wirtschaft jedoch auch die Vorbedingung für
4 die Gestaltung Guter Arbeit. Sozialdemokratische Politik hat deshalb den Anspruch, dass die
5 Wirtschaft den Menschen dient. Für uns gilt das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft: Freier Markt
6 und freier Wettbewerb soweit wie möglich, aber auch Regulierung soweit wie nötig, um faire Löhne
7 – auch zwischen Frauen und Männern – und Arbeitsbedingungen und fairen Wettbewerb zu sichern!

8 Wir setzen auf eine gerechte Verteilung von Arbeit. Hierzu gehört auch die gerechte Verteilung von
9 Arbeit zwischen den Geschlechtern.

10 Wir wissen um die Gefährdungen Guter Arbeit durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Hier sehen
11 wir auch für die Zukunft weiter Handlungsbedarf.

12 Und schließlich stellt auch die Digitalisierung der Gesellschaft neue Herausforderungen an die
13 Gestaltung von Arbeit und Arbeitsverhältnissen.

14 Die Sicherstellung von Guter Arbeit wird deshalb auch zukünftig zu den Prioritäten der
15 niedersächsischen SPD gehören.

16 Leitbild für gute Arbeit sind für uns ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu guten Tarifbedingungen in
17 Vollzeit oder Teilzeit entsprechend der Arbeitszeitbedürfnisse der Beschäftigten. Gute Arbeit
18 beinhaltet Tarifentgelte, die deutlich über dem gesetzlichen Mindestentgelt liegen.
19 Gesundheitsförderliche Arbeitsbedingungen und verbindliche Weiterbildungsmöglichkeiten sind
20 weitere zentrale Eckpunkte eines Konzeptes zur guten Arbeit.

21 *Tariffucht bekämpfen*

22 Gute Arbeit ist verbunden mit Tariftreue und Tarifbindung. Die Entwicklung, dass immer mehr
23 Arbeitgeber ihren Verbänden den Rücken kehren oder eine Mitgliedschaft ohne Tarifbindung
24 wählen, untergräbt einen wichtigen Faktor der erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung in
25 Deutschland. Wir unterstützen die Gewerkschaften bei ihrem Engagement gegen die Tariffucht.
26 Deshalb berücksichtigen wir den Aspekt der Tarifbindung bei unserer Wirtschaftsförderung.

27 *Missbrauch der Werkverträge stoppen, Regulierung der Leiharbeit und anderer Formen atypischer*
28 *Beschäftigung*

29 In Niedersachsen befinden sich zurzeit 79.500 Menschen in Leiharbeit, 2005 waren es 31.000
30 Menschen (Zahlen DGB). Gute Arbeit bedeutet für uns die Regulierung von Leiharbeit und anderen
31 Formen atypischer Beschäftigung.

Beschluss des Landesparteiirates vom 28.11.2015

1 Bereits in den ersten zweieinhalb Jahren haben wir uns dafür eingesetzt, den Missbrauch von
2 Werkverträgen zu stoppen. Insbesondere in der niedersächsischen Fleisch- und Zerlegeindustrie wird
3 bei Zehntausenden von Beschäftigten das Instrument des Werkvertrages missbraucht. Der
4 Werkvertrag ist dort nicht die Ausnahme sondern zur Regel geworden. Viele Werkvertrager werden
5 ausbedeutet. Wir stemmen uns gegen diese Praxis und haben z.B. Beratungsbüros für Mobile
6 Beschäftigte eingerichtet, die die Betroffenen bei der Durchsetzung ihrer Arbeitnehmerrechte
7 unterstützen. Wir wissen, dass das nicht reicht. Daher haben wir zur Regulierung von Werkverträgen
8 eine Bundesratsinitiative gestartet und unterstützen das Vorhaben der Großen Koalition auf
9 Bundesebene, im Herbst ein Gesetz zur Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen vorzulegen.

10 *Gute Arbeit ist mitbestimmte Arbeit*

11 Gute Arbeit schließt die Betriebsverfassung und die Mitbestimmung mit ein. Wir unterstützen
12 deshalb als niedersächsische SPD Initiativen der Gewerkschaften für eine Reform und
13 Weiterentwicklung der betrieblichen Mitbestimmung.

14 *Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt voranzutreiben – Frauenerwerbsarbeit stärken*

15 Auch auf dem Arbeitsmarkt müssen wir die Gleichstellung vorantreiben. Gute Arbeit ist ohne die
16 Gleichberechtigung der Geschlechter nicht zu denken. Wir treten weiterhin für die Chancengleichheit
17 von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt ein, für gleiche Bezahlung und für gleichwertige
18 Arbeit und für deutlich mehr Frauen in Führungspositionen.

19 Gleichzeitig gilt:

20 Die gute zukünftige Wirtschaftsentwicklung in Niedersachsen wird auch davon abhängen, wie gut es
21 gelingt, die Frauenerwerbstätigkeit zu steigern und die Potenziale der gut qualifizierten Frauen zu
22 heben. Der demografische Wandel dient hierbei als zusätzlicher Motor der Gleichstellung.

23 Der Frauenförderung in der privaten Wirtschaft kommt eine besondere Bedeutung zu. Hierzu gehört
24 die Motivation für naturwissenschaftlich-technische Berufe, die Beteiligung an Führungspositionen
25 und die Unterstützung von Gründungen. Wir benötigen mehr Aus-, Fort- und Weiterbildung, die auf
26 Frauen zugeschnitten sind.

27 Wichtige Grundlage ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern, um vor allem
28 Frauen eine Erwerbstätigkeit zu erleichtern. Das Engagement für den Ausbau der Ganztagsbetreuung
29 sowohl in der frühkindlichen als auch in der schulischen Bildung ist weiterhin wichtig. Zukünftig
30 brauchen wir aber auch Angebote im Bereich der Pflege. Die Versorgung der älteren
31 Familienmitglieder stellt eine große Herausforderung für die gesamte Gesellschaft dar.

Beschluss des Landesparteirates vom 28.11.2015

1 • **Regionale Wirtschaftsförderung**

2 Niedersachsen ist kein einheitliches Gebilde. Wir haben in unserem Land unterschiedliche Regionen
3 mit unterschiedlichen Stärken und Schwächen. Deshalb stellt sich die Herausforderung, eine
4 Wirtschafts- und Regionalpolitik zu entwickeln, die den Stärken, Schwächen und Bedürfnissen der
5 unterschiedlichen Regionen gerecht werden.

6 Wir haben in den vergangenen zweieinhalb Jahren viel geleistet: Wir haben vier Landesbeauftragte
7 für regionale Landesentwicklung eingesetzt, es wurden regionale Handlungsstrategien entwickelt,
8 um den regionalen Unterschieden und Entwicklungsanforderungen gerecht zu werden. Und im
9 Hinblick auf die besondere demografische und wirtschaftliche Lage in Südniedersachsen wurde das
10 Südniedersachsenprogramm auf den Weg gebracht.

11 Auch in Zukunft werden wir diesen Kurs der regionalen Landesentwicklung fortsetzen. Eine zentrale
12 Rolle wird zukünftig dabei der Ausbau der Breitband-Infrastruktur spielen. Wir werden keine
13 Unterschiede in der Breitbandversorgung zwischen urbanen Zentren und ländlichen Raum
14 hinnehmen.

15 Die Breitbandanbindung ist für den ländlichen Raum von zentraler Bedeutung. Etablierte
16 Unternehmen benötigen ein stabiles und sicheres Breitbandangebot, um konkurrenzfähig zu bleiben
17 und weiter effizient zu wirtschaften. Startups sind nicht mehr an urbane Zentren gebunden und
18 können Landschaft und Arbeit gut im ländlichen Raum verknüpfen.

19 Aber nicht nur die Wirtschaft profitiert von einem stabilen sicheren Breitbandangebot. Es sind die
20 Schülerinnen und Schüler, die heute multimedial lernen können. Wir dürfen keine Vernachlässigung
21 der Jugend in diesem Punkt vollziehen und einen Wegzug aus dem ländlichen Raum durch
22 Nichthandeln fördern.

23 Startup-Unternehmen sind nicht mehr an urbane Zentren gebunden. Auch im ländlichen Raum
24 entwickeln kreative Köpfe sehr gute Ideen und verbreiten diese über Internet in die Welt-

25 • **Industrie 4.0 und die Digitalisierung der Wirtschaft – ein zentrales Handlungsfeld**

26 „3-D-Drucker statt Fräsmaschine, Verbundwerkstoffe statt Stahl, Kommunikation mit Maschinen
27 statt mit Kollegen“ – so die pointierte Definition von Industrie 4.0 im Debattenpapier der IG Metall
28 zum Gewerkschaftstag 2015.

29 Aufgabe von Politik ist es, die Chancen und Herausforderungen von Entwicklungen frühzeitig zu
30 erkennen, aufzugreifen und zu begleiten und Rahmenbedingungen zu gestalten. Die Digitalisierung
31 der Wirtschaft gehört dazu. Sie ist ein Schlüsselthema für die Sicherung von Arbeitsplätzen und der
32 Wettbewerbsfähigkeit in Niedersachsen. Sie betrifft alle Lebens- und Arbeitsbereiche und verändert

Beschluss des Landesparteiirates vom 28.11.2015

1 die Arbeitswelt und die Arbeitsabläufe. Sie vernetzt die Informations- und Kommunikationstechnik,
2 Produktion und Dienstleistung in den Unternehmen in völlig neuer Form. Die Auswirkungen
3 betreffen dabei nicht nur den industriellen Sektor, auch wenn der Begriff „Industrie 4.0“ oftmals den
4 Eindruck erweckt. Sie betrifft genauso auch den Dienstleistungssektor.

5 Niedersachsen begegnet den Herausforderungen von Industrie 4.0 bereits jetzt mit unterschiedlichen
6 Maßnahmen:

- 7 - Wir schaffen ein „Netzwerk Industrie 4.0 Niedersachsen“, um landesweite Aktivitäten zu
8 bündeln und mit den Aktivitäten auf Bundesebene zu vernetzen.
- 9 - Wir schaffen ein Demonstrationszentrums zur Digitalisierung der Wirtschaft und einer
10 Lernfabrik Industrie 4.0 zum Erfahrungsaustausch, zur Ausbildung und zur Forschung gehören
11 hierzu. Beide sollen als Technologieplattform dienen und Unternehmen ermöglichen, losgelöst
12 von den Erfordernissen des Tagesgeschäftes, die Erforschung, Qualifizierung und Demonstration
13 von Industrie 4.0-Bestandteilen zu organisieren.
- 14 - Wir setzen auf das Thema IT-Sicherheit – weil wir wissen, dass die immer höheren
15 Anforderungen an die IT-Sicherheit vor dem Hintergrund der Digitalisierung die Unternehmen
16 und insbesondere die KMU und das Handwerk immer mehr beschäftigen. Wir werden in
17 intensiver Kooperation mit der Wirtschaft dieses Thema vorantreiben.

18 Die Digitalisierung bietet Perspektiven, sie macht aber auch gleichzeitig Handlungsbedarfe deutlich:
19 Die unbegrenzte zeitliche Verfügbarkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Schaffung
20 größerer Arbeitseinheiten, Auslagerungen von Unternehmensteilen, neue Arbeitsprozesse und
21 -bedingungen mit neuen Auswirkungen auf Arbeits- und Gesundheitsschutz, Fragen des
22 Beschäftigtendatenschutzes – diese wenigen Beispiele zeigen, dass es Diskussions- aber auch bereits
23 Handlungsbedarfe im Hinblick auf Arbeitsbedingungen, Qualifizierung und Mitbestimmung gibt.
24 Dafür werden wir die geeigneten Konzepte entwickeln und umsetzen.

25

Beschluss des Landesparteirates vom 28.11.2015

1 • **Fachkräftesicherung**

2 Die zentrale wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Herausforderung besteht in der Sicherung des
3 Fachkräftebedarfes und der Nachwuchsgewinnung für die niedersächsische Wirtschaft. Bildung und
4 Innovation sind wichtige Faktoren für die nachhaltige Entwicklung unseres Landes. Alle Potentiale
5 müssen gefördert werden. Die Landesregierung hat mit ihrer Bildungs-, Wissenschafts- und
6 Wirtschaftspolitik in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren die Weichen richtig gestellt.

7 - Politik und Wirtschaft können dieser Herausforderung nur gemeinsam begegnen können.

8 Deshalb hat das Land zusammen mit den anderen Arbeitsmarktpartnern wie
9 Arbeitsverwaltung, Sozialpartnern und Kammern eine umfassende Fachkräfteinitiative mit 13
10 Handlungsfeldern gestartet. Dazu gehören zusätzliche Ausbildungsinitiativen für junge
11 Erwachsene ebenso wie verstärkte Weiterbildung, besondere Anstrengungen für die
12 Wiederbeschäftigung von älteren Arbeitslosen, Förderung der Frauenerwerbstätigkeit oder
13 eine bessere Arbeitsmarktintegration von Migranten z.B. durch Anerkennung ausländischer
14 Berufsabschlüsse.

15 Unsere Überzeugung ist: Auch Faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen sind ein wichtiger Schlüssel
16 bei der Fachkräftesicherung wie z.B. in der Pflege.

17 Gute Projekte können oft nur durch eine enge Zusammenarbeit der Arbeitsmarktpartner vor Ort
18 entstehen. Daher haben wir in diesem Sommer ein flächendeckendes Netz von Regionalen
19 Fachkräftebündnissen auf den Weg gebracht.

20 • **Arbeit und Integration - Integration in Arbeit**

21 Auch der Zuwanderung nach Deutschland und Niedersachsen kommt bei der Fachkräftesicherung
22 eine hohe Bedeutung zu. In Niedersachsen haben wir mit der Fachkräfteinitiative frühzeitig dieses
23 Thema aufgenommen und wichtige Initiativen ergriffen.

24 Der unerwartet hohe und aktuell weiter anwachsende Zuzug an Flüchtlingen stellt eine zusätzliche
25 Herausforderung dar, ist zugleich aber auch eine große Chance. Die Mehrzahl der Asylsuchenden und
26 Geduldeten ist im erwerbsfähigen Alter. Ihre Fähigkeiten, Qualifikation und ihre Einsatzbereitschaft
27 müssen wir für unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft nutzen. Wir müssen den Flüchtlingen die
28 Chance geben, baldmöglichst den Zugang zu Arbeit zu finden - nicht nur im Sinne der
29 Fachkräftesicherung, sondern auch, damit sie sich in die Gesellschaft integrieren und ihr Leben selbst
30 gestalten können.

31 Schlüssel dazu ist vor allem die Kenntnis der deutschen Sprache. Sprachförderung gehört deshalb in
32 den Mittelpunkt unserer Integrationsarbeit. Im Schulbereich genauso wie im Bereich der
33 Sprachförderung für Erwachsene. Die entsprechenden Beschlüsse haben wir auf den Weg gebracht.
34 Dabei wollen wir auch unkonventionelle Wege offensiv nutzen. So werden wir im Rahmen von

Beschluss des Landesparteiirates vom 28.11.2015

1 Modellprojekten EDV-gestützte audiovisuelle Sprachkurse finanziell unterstützen, um zum Beispiel
2 auch in ländlichen Regionen ein angemessenes Angebot sicherstellen zu können.

3 Zugleich geht es darum, den Weg zur Integration in Arbeit so früh wie möglich zu öffnen.
4 Niedersachsen war das erste Bundesland, das sich Anfang 2015 ganz ausdrücklich dafür
5 ausgesprochen hat, eine flächendeckende Erstberatung und Kompetenzfeststellung für
6 Asylsuchenden bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen durchzuführen und dies dann auch
7 konsequent in Kooperation mit der Regionaldirektion für Arbeit in Niedersachsen umgesetzt hat. Ein
8 Weg, der bundesweit viele Nachahmer gefunden hat und Vorbildcharakter hat. Aus unserer Sicht ein
9 wichtiges Signal, diesen Ansatz aufzugreifen und bundesweit zum Standard zu machen. Der Erfolg
10 des Projektes gibt uns recht. Wir werden dieses Instrument ausbauen und auch regional mit den
11 Jobcentern in den Kommunen vernetzen.

12 Kompetenzfeststellung ist der erste Schritt, die Heranführung an Arbeit und Ausbildung muss folgen.
13 In Niedersachsen haben wir dies mit dem Handwerk auf den Weg gebracht. Ziel ist es, Asylsuchende
14 und Geduldete durch frühzeitige Ansprache und Information auf Ausbildungsmöglichkeiten in
15 Handwerksberufen aufmerksam zu machen und sie gezielt darauf vorzubereiten. Dazu arbeiten wir
16 landesweit mit allen Handwerkskammern und unterstützt durch die Arbeitsmarktförderung eng
17 zusammen. Die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt kann aber nur dann gelingen, wenn
18 die Wirtschaft die Chance ergreift und Zugänge ermöglicht. Hier werden wir Modellprojekte von
19 Betrieben und Unternehmen unterstützen.

20 • **Wirtschaft und Wissenschaft verbinden – Hochschulen als regionale Innovationstreiber**

21 Die Fachhochschulen spielen eine zentrale Rolle für die Sicherung des Fachkräftebedarfs und den
22 Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Insbesondere kleine und
23 mittelständische Unternehmen profitieren hiervon. Mit dem Fachhochschulentwicklungsprogramm
24 stellt Niedersachsen bis 2020 mehr als 480 Millionen Euro bereit. Die Grundkapazität an
25 Studienplätzen wird damit dauerhaft um mehr als ein Drittel angehoben.

26 Im Rahmen des Fachhochschulentwicklungsprogrammes werden für die Hochschulen
27 Braunschweig/Wolfenbüttel, Emden/Leer, Hannover, Hildesheim/Holzminden/Göttingen, Osnabrück
28 und Wilhelmshaven/Oldenburg/Elsfleth zusammen rund 2400 Studienanfängerplätze für eine
29 bedarfsgerechte Hochschulausbildung verstetigt. Damit stehen den Hochschulen dauerhaft
30 zusätzliche Haushaltsmittel von 44 Mio. Euro im Jahr zur Verfügung.

31 Im Hinblick auf die Notwendigkeit, den Wissens- und Technologietransfers zu stärken, hat die
32 Landesregierung das Konzept „Stärkung der regionalen Entwicklung durch Fachkräftesicherung und
33 Ausbau des Wissenstransfers“ entwickelt. Die Landesregierung investiert hiernach bis 2020
34 zusammen mit den 480 Mio. EURO für das FEP insgesamt 905 Millionen Euro in diesem Bereich. Sie
35 unterstreicht damit die zentrale politische Aufgabe der Fachkräftesicherung und des Transfers von
36 Wissen, Kompetenzen und Technologien zwischen Wissenschaft und Wirtschaft:

Beschluss des Landesparteirates vom 28.11.2015

- 1 - Wir setzen auf einen Transfer über Köpfe. Der Austausch zwischen den Akteuren aus Wirtschaft
2 und Wissenschaft ist die effektivste Art des Wissenstransfers und kann damit einen wichtigen
3 Beitrag zur regionalen Fachkräftesicherung leisten.
- 4 - Wir setzen auf eine regionale Vernetzung, um den regional unterschiedlichen Bedarfen gerecht
5 zu werden. Eine regionale Vernetzung ermöglicht ein frühzeitiges Erkennen von regionalen
6 Bedarfen, kann den Austausch von Wissen und Personen vor Ort organisieren und kann dazu
7 beitragen, Abwanderungen frühzeitig entgegenzuwirken.
- 8 - Und schließlich bedarf es einer veränderten und verbesserten Kommunikation, um regionale
9 Stärken deutlich zu machen und hervorzuheben.

10 Auch mit der „offenen Hochschule“ leisten wir in den kommenden Jahren einen Beitrag zur
11 Sicherstellung der Fachkräftebedarfe. Wir haben die Hochschulen stärker für beruflich qualifizierte
12 Bewerberinnen und Bewerber geöffnet und werden im Rahmen des Hochschulpaktes 2020 mit
13 Landes- und Bundesmitteln bis 2018 insgesamt über 47.000 zusätzliche Studienplätze schaffen.

14 • **Investitionen stärken**

15 Die deutschen, aber auch die niedersächsischen Unternehmen investieren seit geraumer Zeit im
16 weltweiten Vergleich eher zurückhaltend. Die Überwindung dieser Investitionsschwäche muss
17 weiterhin politische Aufgabe bleiben. Die Maßnahmen der Landesregierung in den zurückliegenden
18 zweieinhalb Jahren haben wichtige Impulse für die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen gesetzt.
19 Die konsequente Ausrichtung der EU-Förderkulisse auf Innovation regt Investitionen an. Der neu
20 aufgelegte Beteiligungsfonds sorgt für den Abbau von Investitionshemmnissen bei kleinen und
21 mittleren Unternehmen. Mit einem Fördervolumen von 50 Millionen Euro wird die Eigenkapitalquote
22 kleiner und mittlerer Unternehmen in Niedersachsen gestärkt und damit Zukunftsinvestitionen
23 ermöglicht.

24 Das Sondervermögen zur Sanierung von Landesstraßen und Landes-Hochbauten sowie für
25 Energiesparprogramme für landeseigene Gebäude stärkt ebenfalls Investitionen in Niedersachsen.

26 Weitere offensive Maßnahmen sollen folgen: Eine wichtige Bedeutung für Investitionen und damit
27 für die Entwicklung von Wachstum und Arbeitsplätzen haben Forschung und Entwicklung. Eine
28 steuerliche Förderung von Investitionen für Forschung und Entwicklung, z. B. in Form einer
29 Forschungsprämie, soll zu einer Zunahme von Investitionen insbesondere bei kleinen und
30 mittelständischen Unternehmen führen.

Beschluss des Landesparteiirates vom 28.11.2015

1 • **Infrastruktur bedarfsgerecht ausbauen**

2 *Infrastruktur – die Fläche erschließen*

3 Eine die Fläche erschließende Infrastruktur von Straßen-, Schienen und Wasserwegen ist
4 unabdingbare Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Gerade beim
5 Straßennetz müssen in vielen Teilen des Landes noch Lücken geschlossen werden.

6 Niedersachsen hat deswegen wichtige Projekte zum Ausbau der Straßen-, Schienen- und
7 Wasserwege zum Bundesverkehrswegeplan angemeldet, darunter auch die A20 und die A39.

8 Leistungsfähige Schienenstrecken fehlen noch zwischen der Mitte des Landes und den
9 Knotenpunkten Hamburg und Bremen sowie für die Hinterlandanbindung der niedersächsischen
10 Häfen, insbesondere des JadeWeserPorts.

11 Neue Verkehrswege brauchen auch die Akzeptanz der davon betroffenen Regionen und der dort
12 lebenden Bürgerinnen und Bürger. Uns ist deshalb der intensive Bürgerdialog wichtig. Deshalb haben
13 wir das „Dialogforum Schiene Nord“ initiiert um für den notwendigen Ausbau der Schiene im
14 Hafenhinterland zwischen Hamburg, Bremen und Hannover gemeinsam mit den Bürgerinnen und
15 Bürgern die bestmögliche Lösung zu finden. Das Ergebnis dieses innovativen Dialogprozesses kann
16 sich sehen lassen und setzt bundesweit Maßstäbe:

17 Nach jahrelangem Streit ist es unter intensiver Beteiligung von Kommunen und Bürgerinitiativen
18 gelungen, einen weitgehenden regionalen Konsens über den dringend erforderlichen Ausbau der
19 Schieneninfrastruktur in diesem Bereich zu erzielen. Dieser Konsens, die sogenannte „Alpha-
20 Variante“ mit einer Reihe von gemeinsam formulierten regionalen Anforderungen daran muss jetzt
21 zügig in den neuen Bundesverkehrswegeplan aufgenommen werden. Dafür werden wir uns mit
22 Nachdruck stark machen und die Voraussetzungen dazu schaffen.

23 Ebenso wichtig wie der Neu- und Ausbau von Infrastruktur sind der Erhalt und die Ertüchtigung von
24 bestehender Infrastruktur. Ein Schwerpunkt muss zukünftig auf dem Erhalt und der Sanierung von
25 Brücken liegen.

26 *Energienetze ausbauen*

27 Unser Ziel ist, Niedersachsen zum Energieland Nr. 1 auszubauen. Hohe Priorität hat für uns der
28 Ausbau der Energienetze, damit der produzierte Strom zu den Verbraucherinnen und Verbrauchern
29 gelangen kann. Das Gelingen der Energiewende ist mit einem Ausbau großer Stromtrassen
30 verbunden. Von diesem Ausbau werden viele Menschen betroffen sein. Deshalb setzen wir uns auch
31 hier für eine neue Beteiligungskultur ein. Wir wollen den Dialog mit den Betroffenen vor Ort in den
32 Mittelpunkt stellen und uns für einen fairen Interessenausgleich einsetzen. Belastungen von Mensch
33 und Umwelt müssen – wo immer möglich – vermieden werden. Deshalb werden wir uns u. a. dafür

Beschluss des Landesparteiirates vom 28.11.2015

1 einsetzen, dass die Möglichkeiten der Erdverkabelung insbesondere in HGÜ-Technik in den
2 bundesgesetzlichen Grundlagen ausgeweitet und genutzt werden.

3 *Den Breitband-Ausbau beschleunigen*

4 Infrastruktur ist mehr als Straße und Schiene. Der Ausbau der Dateninfrastruktur, die sichere,
5 schnelle und flexible Übermittlung von Daten durch das Internet, ist eine zentrale Voraussetzung für
6 innovative Impulse und die Entwicklungen der digitalen Wirtschaft. Dies ist nur durch ein
7 flächendeckendes Breitbandnetz mit mindestens 50 MBit/s möglich. Niedersachsen hat hier gerade
8 in den ländlichen Bereichen und Gemeinden unter 50.000 Einwohnern einen hohen Nachholbedarf.
9 Auch hier stehen wieder die KMU im Fokus. Während große Unternehmen eine leistungsstarke
10 Telekommunikationsinfrastruktur intern vorhalten, sind kleine Unternehmen meist darauf
11 angewiesen, die öffentliche Infrastruktur nutzen zu können.

12 Der Breitband-Ausbau wird Schwerpunkt der Infrastrukturentwicklung: Über den Förderschwerpunkt
13 Breitband stehen 60 Mio. Euro als Zuschüsse für die Förderung von Breitbandvorhaben zur
14 Verfügung, die sich aus ELER, EFRE und GAK-Mitteln speisen. Als Landesanteil aus der Digitalen
15 Dividende II stehen Niedersachsen weitere rd. 59 Mio. Euro zur Verfügung. Diese wollen wir über die
16 NBank in sinnvoller Form mit den Fördermitteln des Bundes kombinieren, eine Förderung der
17 Landkreise aus einer Hand ist dabei unser Ziel. Außerdem wird den Landkreisen bis 2020 eine
18 Milliarde Euro in Form von Darlehen zur Finanzierung des kommunalen Breitbandausbaus zur
19 Verfügung gestellt werden.

20 • **Ausgewählte Branchen unterstützen**

21 *Handwerk*

22 Das Handwerk gehört zu den zentralen Wirtschaftssektoren in Niedersachsen. Mit rund 520.000
23 Beschäftigten (Zahl NIHK) ist es ein bedeutender Arbeitgeber und Ausbilder. Es muss daher im Fokus
24 der Landespolitik stehen.

25 Über viele Programme hinaus arbeitet die Landesregierung insbesondere mit der Fachkräfteinitiative,
26 dem Bündnis Duale Berufsausbildung, der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung schon jetzt im
27 Schulterschluss mit dem Handwerk.

28 Wir werden auch zukünftig die Interessen des Handwerks im Dialog erörtern und berücksichtigen.

29 *Maritime Wirtschaft*

30 Die deutschen See- und Binnenhäfen haben eine Schlüsselstellung bei der Gestaltung europäischer
31 und internationaler Handelsströme. Unser Bundesland hat aufgrund seiner Lage dabei eine zentrale

Beschluss des Landesparteirates vom 28.11.2015

1 Rolle. Die niedersächsischen Häfen, sowohl an der Küste als auch im Binnenland, sind wesentlicher
2 Bestandteil der Infrastruktur, wichtig für die Logistik und oftmals Unternehmensstandort.

3 Auf der maritimen Wirtschaft wird auch zukünftig das Augenmerk der Landespolitik liegen. Wir
4 starten jetzt mit der Planung für den Ausbau der 2. Stufe des Jade-Weser-Ports.

5 *Automotive Industrie*

6 Niedersachsen ist ein starkes Industrieland, vor allem auch dank einer starken Automobilindustrie.
7 Gerade im Zusammenhang mit dem Skandal um manipulierte Abgaswerte bei Volkswagen ist uns
8 wieder bewusst geworden, wie wichtig diese Branche für Niedersachsen ist.

9 Das Land wird seine Anteile an Volkswagen auch künftig dafür nutzen, dass sich das Unternehmen
10 gut entwickelt. Volkswagen soll die Herausforderungen des Automobilbaus meistern - vor allem neue
11 Antriebsformen wie die Elektromobilität und die immer weiter voranschreitende Digitalisierung des
12 Kfz - und gleichzeitig die gesamte Branche mitziehen.

13 Zugleich besteht die Chance weiterhin zu beweisen, dass wirtschaftlicher Erfolg, ökologische
14 Verantwortung und gute Arbeit vereinbar sind. Auf diesem Weg wird die niedersächsische SPD die
15 Automobilindustrie aktiv begleiten.

16 *Sanfte Agrarwende*

17 Wir setzen die Sanfte Agrarwende fort, die wir 2013 begonnen haben. Rund 10 Prozent der
18 Erwerbstätigen sind in Niedersachsen mit dem „Cluster Agribusiness“ verbunden, dem zweitgrößten
19 produzierenden Wirtschaftszweig nach der Automobilindustrie. Die Unternehmen sichern
20 Arbeitsplätze und Wertschöpfung insbesondere in unseren ländlichen Räumen. Mehr als 60 Prozent
21 der Fläche Niedersachsens werden landwirtschaftlich genutzt, sodass verarbeitende Betriebe ihre
22 Rohstoffe direkt vor Ort beziehen können.

23 Gerade in Niedersachsen hat sich die Landwirtschaft aber auch stark verändert. Während die Zahl
24 der landwirtschaftlichen Betriebe dramatisch gesunken ist, haben sich ihre Größe und ihre
25 Produktivität enorm erhöht. Viele Betriebe haben sich spezialisiert und bedienen differenzierte
26 Märkte. Dabei müssen sie mit starken Schwankungen der Agrarmärkte und mit hohen Pachtpreisen
27 zu Recht kommen.

28 Und weitere Herausforderungen sind hinzugekommen: Viele Verbraucherinnen und Verbraucher
29 befürchten heute etwa Auswirkungen der Intensivtierhaltung auf die menschliche Gesundheit und
30 die Umwelt und fragen nach den ethischen Grundlagen der Lebensmittelproduktion, vor allem unter
31 welchen Arbeits- und Tierhaltungsbedingungen Fleisch produziert wird. Besonders betroffen ist
32 davon die Tierhaltung. Aber auch im Ackerbau müssen Lösungen gefunden werden, die einer
33 nachhaltigen Wirtschaftsweise gerecht werden.

Beschluss des Landesparteiirates vom 28.11.2015

1 Diese Herausforderungen sind der Ausgangspunkt der „sanften Agrarwende“ in Niedersachsen, die
2 wir, wo immer möglich, im Dialog mit allen Beteiligten umsetzen. Dazu zählen insbesondere eine
3 Neuausrichtung der Agrarförderung und die Maßnahmenbündel zur Stärkung des
4 Verbraucherschutzes, zur Reduzierung von Nährstoffüberschüssen und Antibiotikaeinsatz in der
5 Tierhaltung sowie der Tierschutzplan Niedersachsen.

6 *Energieland Niedersachsen*

7 Wir wollen, dass die Energiewende in Deutschland ein Erfolg wird. Wir arbeiten daran, dass
8 Niedersachsen das Energieland Nr. 1 wird und halten an unseren Ausbauzielen für die Erneuerbaren
9 Energien fest.

10 Niedersachsen ist bei der Windenergieproduktion an Deutschland führend. Wir legen Wert darauf,
11 dass auch zukünftig bei Ausschreibungsbedingungen die kleinen und mittleren Unternehmen nicht
12 benachteiligt werden.

13 Die Standorte der Energieproduktion werden sich wandeln. Zukünftig werden die Offshore-
14 Windenergieanlagen die AKW in Süddeutschland kompensieren. Wir legen daher einen Schwerpunkt
15 auf die Offshore-Industrie als Zukunftsindustrie.

16 Unser Einsatz für verlässliche Investitionsbedingungen bei der Offshore-Windenergie im Rahmen des
17 novellierten EEG hat sich gelohnt. Endlich ist der Knoten geplatzt und immer mehr Offshore-
18 Windparks gehen vor unserer Küste an den Start. Die Stromerzeugung aus Offshore-Wind wird sich in
19 diesem Jahr auf 3 Gigawatt verdreifachen. Wir begrüßen auch vor diesem Hintergrund das
20 Engagement von Siemens in Cuxhaven: Siemens investiert rund 200 Millionen Euro für den Bau einer
21 Fabrik für Offshore-Windenergieanlagen in Cuxhaven.

22 Wir erwarten, dass künftige Ausschreibungsbedingungen den Erfolg dieser jungen und dynamischen
23 Industrie nicht beeinträchtigen.

24 Bereits in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren haben wir wichtige Schritte unternommen: Die
25 Klima- und Energieagentur wurde auf den Weg gebracht. Wir haben den Windenergiestandort
26 Niedersachsen gestärkt. Und wir haben uns bei der EEG-Novelle erfolgreich dafür eingesetzt, dass
27 energieintensive Betriebe weiterhin Ausnahmeregelungen bekommen.

28 Mit dem Klimaschutzgesetz, das wir noch diese Legislaturperiode auf den Weg bringen, schaffen wir
29 ein modernes Gesetz zur Energieeffizienz und zum Klimaschutz in Niedersachsen.

Beschluss des Landesparteirates vom 28.11.2015

1 *Pflege*

2 Pflege erhält in unserer Gesellschaft einen immer höheren Stellenwert. In den kommenden zehn
3 Jahren wird sich der Bedarf an Pflegekräften verdoppeln. Gleichzeitig geben die Arbeitsbedingungen
4 Grund zur Besorgnis.

5 Das Thema war bereits in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren auf der Tagesordnung der
6 Landesregierung. Wir haben u.a. die gesetzliche Absicherung der Schulgeldfreiheit beschlossen. Das
7 Thema und die Aufwertung dieses Berufsfeldes bleiben auf der Tagesordnung. Als nächste Schritte
8 werden wir ein Umlagesystem für Ausbildungsvergütungen einführen, um Trittbrettfahrer nicht
9 zuzulassen. Im Hinblick auf angemessene Arbeitsbedingungen setzen wir uns für den Tarifvertrag
10 Soziales und die Allgemeinverbindlichkeitserklärung ein.

11 • **Niedersachsen geht voran – jetzt und in Zukunft**

12 Niedersachsen ist ein starkes Land. Es hat für seine Entwicklung gute Perspektiven. Die
13 Entwicklungen und Erfolge der letzten zwei Jahre belegen das. Ohne Übermut, aber mit Stolz stellen
14 wir fest, dass das die Ergebnisse einer SPD-geführten Landesregierung sind. Aber diese positiven
15 Ergebnisse sind kein Grund sich zurückzulehnen. Zum Ausruhen gibt es keinen Anlass!

16 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten begreifen die Ergebnisse als Ansporn: Wir werden
17 die Zukunftsthemen unseres Landes konzentriert bearbeiten. Wir setzen auf Bildung und
18 Qualifizierung, auf qualitatives Wachstum, Innovation, wirtschaftlichen Erfolg und auf Gute Arbeit!

19 Wir wissen, dass hierfür ein aktives Land und ein aktiver, handlungsfähiger Staat erforderlich sind.
20 Die niedersächsische SPD steht für diesen handlungsfähigen Staat und eine aktive Politik.

21 Wir suchen auch zukünftig den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land. Wir wollen
22 es gemeinsam mit ihnen gestalten.